



Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.



PRESSEERKLÄRUNG

Kiel, 12.7.2016

Zur flüchtlingspolitischen Halbjahresbilanz des Innenministeriums SH:

Bund schrumpft Herkunftsgruppen mit „sicherer Bleibeperspektive“

Flüchtlingsrat mahnt integrationsorientierte Unterbringung an und protestiert gegen neue Ausschlüsse bei Sprachkurszugang und Integrationsförderung

Die Ankündigung, dass Schleswig-Holstein Landesunterkünfte schließen will, löst beim Flüchtlingsrat Besorgnis aus. Dass zwei sehr ländlich gelegene Landesunterkünfte für Asylsuchende in Seeth und Lütjenburg für eine eventuelle Belegung weiter vorgehalten werden sollen, aber die Kieler Einrichtungen am Nordmarksportfeld und in Düsternbrook – ohne Not, weil in Landeseigentum – als Flüchtlingsunterkunft geschlossen werden, sollte überdacht werden.

„Die Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden in der Landeshauptstadt gewährleistet für die Betroffenen i.d.R. gute Zugänge zu Sprachförderung und Integrationsförderangeboten“, erklärt Martin Link die Bedenken des Flüchtlingsrates. Eine Politik, die nun ausgerechnet der potentiellen Unterbringung im integrationsstrukturschwachen ländlichen Raum gegenüber vorhandenen Ressourcen in der Landeshauptstadt den Vorzug gäbe, wäre kaum mit den Paradigmen des Flüchtlingspaktes in Einklang zu bringen.

Bedenklich sind aus Sicht des Flüchtlingsrates die heute vom Landesamt für Ausländerangelegenheiten vorgelegten Asylzugangszahlen des ersten Halbjahres 2016. Demnach seien inzwischen 65% der Asylsuchenden Frauen und Kinder. Noch im Vorjahr sind allein einreisende Männer die größte Gruppe gewesen. *„Hier angekommen mussten diese aber erleben, dass Rechtslage, Asyl- und Visumbürokratie ihnen regelmäßig den Familiennachzug verwehren oder auf die jahrelange Bank schieben“,* erklärt Martin Link, und *„das spricht sich herum und treibt nunmehr ganze Familien in die Boote und auf den an Risiken und Opfern reichen Fluchtweg“.* Im ersten Halbjahr 2016 seien mit 245.000 Menschen 100 Tsd. mehr als im gesamten Jahr 2015 von Nordafrika über das Mittelmeer nach Europa geflohen. Bis zu 5.000 Menschen hätten auf diesem Weg ihr Leben verloren.

Beunruhigend sind die Angaben des Landesamtes zu der erwartbaren Bleibeperspektive der hierzulande Asyl Beantragenden. Still und heimlich hat der Bund offenbar iranischen Asylsuchenden die seit Sommer vergangenen Jahres bestehende Zusage einer „sicheren Bleibeperspektive“ entzogen. Es sei schon ein Skandal, dass diese Kategorie z.B. Afghanen, Somaliern oder Sudanesen trotz hoher Anerkennungsquoten von bereinigt über 70% regelmäßig vorenthalten werde, befindet der Flüchtlingsrat.

„Dass nun zeitgleich mit sich verschärfender Lage im Iran auch den von dort Geflüchteten pauschal die sichere Bleibeperspektive abgesprochen wird, ist eingedenk einer bereinigten Quote von fast 90% nicht zu begründen“, protestiert Martin Link. Es dränge sich der Verdacht auf, dass hier lediglich die Zahl derer, die nach geltendem Recht einen Anspruch auf frühzeitigen Zugang zu Sprachkursen und anderen Integrationsangeboten hätten, nach unten korrigiert werden solle.

gez. Martin Link